



Sachgebiet
Kaufbeuren-aktiv, Bildungsbüro

Sachbearbeiter
Herr Aygün

Beratung	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	19.03.2026	öffentlich	Beschluss

Betreff

"Partnerschaft für Demokratie" im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! – Förderjahr 2026

Anlagen:

Förderrichtlinie-Demokratie-leben
S&R-Analyse-KF
Vorstellung_DL!_JHA_27.11.25

Sachverhalt:

Auszug aus der Förderrichtlinie „Demokratie leben!“ vom 20.11.2024: „Ziel des Bundesprogramms ist es, zur Stärkung der Demokratie und eines friedlichen, respektvollen Zusammenlebens beizutragen, Teilhabe zu fördern und die Arbeit gegen jede Form von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit zu ermöglichen.“

Die Stadt Kaufbeuren beteiligt sich seit dem Jahr 2015 am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Rahmen einer lokalen „Partnerschaft für Demokratie“. Die aktuelle Programmlaufzeit erstreckt sich über den Förderzeitraum 2025–2032.

Für die Fortführung der Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Förderjahr 2026 ist seitens der Regiestelle des BAFzA (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Angelegenheiten) ein Beschluss eines zuständigen kommunalen Gremiums erforderlich. Die vorliegende Beschlussvorlage dient der Erfüllung dieser Voraussetzung.

1. Inhalte und Umsetzung des Programms:

Die Umsetzung erfolgt auf kommunaler Ebene im Rahmen einer „Partnerschaft für Demokratie“. In Kaufbeuren werden hierdurch insbesondere zivilgesellschaftliche Projekte, Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche sowie Maßnahmen der politischen Bildung und Prävention unterstützt. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitwirkung zu befähigen, lokale Netzwerke zu stärken und gesellschaftlichen Spannungen frühzeitig entgegenzuwirken.

Die „Partnerschaft für Demokratie“ wird getragen durch das federführende Amt der Stadt Kaufbeuren (Kaufbeuren-aktiv, Bildungsbüro), die externe Koordinierungs- und Fachstelle (Stadtjugendring Kaufbeuren) sowie ein Bündnis aus Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Förderung erfolgt bedarfsorientiert, transparent und unter Beachtung der programmseitigen Vorgaben zu Neutralität, Evaluation und Qualitätssicherung.

2. Fördervolumen und Mittelverwendung

Das jährliche Fördervolumen für die Stadt Kaufbeuren beträgt höchstens:

- Gesamtfördersumme: 139.000,00 €
- davon:
- Bundesmittel: 125.000,00 €
 - Eigenanteil Stadt Kaufbeuren: 13.900,00 €

- hiervon durch Spende der Sparkasse Allgäu für das Jahr 2026: 3.000,00 €

Der kommunale Eigenanteil stellt eine Planungsgröße dar und kann sich in Abhängigkeit vom tatsächlichen Mittelabruf verändern. Darüber hinaus ist vorgesehen, in den kommenden Jahren verstärkt ergänzende Drittmittel einzuwerben, um die Finanzierung der Maßnahmen breiter aufzustellen und den städtischen Haushalt möglichst zu entlasten.

Im Zeitraum 2015 bis 2024 konnten insgesamt Fördermittel in Höhe von über 1.000.000,00 € für die Stadt Kaufbeuren eingeworben werden. Demgegenüber stand ein kommunaler Eigenanteil in Höhe von insgesamt rund 100.000,00 €.

Die Stadt Kaufbeuren hat somit mit einem vergleichsweise geringen Eigenmitteleinsatz erhebliche Bundesmittel für demokratiefördernde Maßnahmen vor Ort akquiriert.

Die Mittelverwendung erfolgt zweckgebunden und unterliegt den Vorgaben des Bundesprogramms sowie entsprechenden Prüf- und Nachweispflichten. Die Projektmittel werden ausschließlich für Maßnahmen der Demokratieförderung und Prävention eingesetzt; eine parteipolitische Verwendung ist ausgeschlossen.

Ein Teil der Fördermittel wird entsprechend der Förderrichtlinie für die projektbezogene Personalausstattung der externen Koordinierungs- und Fachstelle eingesetzt (ca. 44 sozialpädagogische Wochenstunden). Diese umfassen insbesondere die fachliche Beratung, Antragssichtung, Begleitung der Projektträger, Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit sowie die ordnungsgemäße Mittelverwaltung und Nachweisführung.

Die Finanzierung der Personalkosten erfolgt auf Basis eines eingereichten Stellenplans gemäß den jeweils aktuellen Vorgaben des Bundesministeriums der Finanzen sowie der Förderrichtlinie des Bundesprogramms. Dabei werden bis zu 90 % der bundeseinheitlich festgelegten Pauschalen für Personal-, Gemein- und Sachkosten entsprechend der jeweiligen Entgeltgruppen berücksichtigt.

Das federführende Amt wird durch den Zuwendungsempfänger bestimmt. Entsprechend den Vorgaben des Bundesprogramms ist dort ein Stellenanteil von mindestens 0,5 Vollzeitäquivalenten vorzuhalten. Das federführende Amt ist verantwortlich für die Umsetzung der strategischen Ziele der Partnerschaft für Demokratie im Verwaltungshandeln. Es übernimmt insbesondere die Beantragung der Bundesmittel, deren Weiterleitung an die Projektträger sowie die ordnungsgemäße Verwendung, Abrechnung und Nachweisführung der Fördermittel gegenüber dem Zuwendungsgeber.

3. Zielgruppen und Wirkung

Das Programm richtet sich insbesondere an:

- Kinder und Jugendliche als zentrale Zielgruppe der politischen Bildung und Demokratieförderung. Sie sollen frühzeitig in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, Beteiligungsfähigkeit und gesellschaftlichen Mitverantwortung gestärkt werden.
- junge Erwachsene insbesondere in Übergangsphasen (z. B. Schule–Beruf), um demokratische Teilhabe, Engagementbereitschaft und gesellschaftliche Orientierung nachhaltig zu fördern.
- Fachkräfte und Ehrenamtliche aus den Bereichen Jugendhilfe, Bildung, Sozialarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wirken und demokratische Werte in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern weitertragen.
- Die breite Stadtgesellschaft um Dialogräume zu schaffen, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und den Austausch zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu fördern.

4. Modellprojekte und nachhaltige Strukturen

Im bisherigen Verlauf wurden zahlreiche Projekte umgesetzt und unterschiedliche Zielgruppen erreicht:

4.1 Arbeitskreis Asyl: „So tickt Deutschland“: Das Projekt ist als mehrjähriges Beteiligungs- und Bildungsformat angelegt. Es greift aktuelle politische und gesellschaftliche Fragestellungen auf, reagiert flexibel auf konkrete Ereignisse und orientiert sich inhaltlich an den Interessen und Bedarfen der Teilnehmenden. Ziel ist die kontinuierliche Förderung politischer Bildung, Meinungsbildungskompetenz sowie demokratischer Diskussionskultur.

Durch die regelmäßige Durchführung und die kontinuierliche Einbindung engagierter Teilnehmender entstehen stabile Dialogformate und tragfähige Netzwerke, die über einzelne Veranstaltungszeiträume hinaus wirksam bleiben.

4.2. Stadtjugendring Kaufbeuren: „U-18 Wahlen“: Zur Stärkung politischer Bildung und Partizipation werden im Vorfeld von Wahlen Informationsveranstaltungen für Jugendliche durchgeführt. Diese vermitteln ein ausgewogenes Bild der kandidierenden Personen und Parteien. Ergänzend finden offene Gesprächsformate mit Direktkandidatinnen und -kandidaten statt. Den Abschluss bildet die Durchführung einer U18-Wahl, zu der die weiterführenden Schulen im Stadtgebiet eingeladen werden. Ziel ist es, demokratische Prozesse erfahrbar zu machen und Erst- bzw. Jungwählende frühzeitig an politische Beteiligung heranzuführen.

Die wiederkehrende Durchführung im Vorfeld von Wahlen trägt dazu bei, politische Beteiligung dauerhaft im schulischen und außerschulischen Kontext zu verankern und nachhaltige demokratische Handlungskompetenzen aufzubauen.

4.3. Förderkreis Schule und Jugend Oberbeuren e. V.: Das Projekt richtet sich an Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf. Durch eigens entwickelte Mini-Dramen werden demokratische Werte sowie soziale Kompetenzen alters- und zielgruppengerecht vermittelt. Im Rahmen theaterpädagogischer Methoden werden insbesondere Empathie, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Perspektivwechsel gestärkt.

Die vermittelten Kompetenzen werden im schulischen und sozialen Alltag unmittelbar angewendet und tragen langfristig zur Konfliktfähigkeit, zur aktiven Mitgestaltung von Gruppenprozessen sowie zur stabilen Integration in demokratische Gemeinschaftsstrukturen bei.

4.4. Stadtjugendring Kaufbeuren: „Eckpunkt“: Der *Eckpunkt* ist ein niedrigschwelliges Begegnungs- und Beteiligungsformat im Zentrum von Kaufbeuren, das als offener Dialograum für alle Interessierten dient. Hier werden Informationen zu Demokratie, gesellschaftlicher Vielfalt und zivilgesellschaftlichem Engagement bereitgestellt und demokratische Themen in einer partizipativen Atmosphäre zugänglich gemacht.

Ein fester Bestandteil sind die Sprechstunden gegen Rassismus und Diskriminierung, in denen Betroffene Unterstützung, Orientierung und niedrigschwellige Hilfestellung erhalten. Diese Angebote stärken nicht nur das individuelle Problembewusstsein, sondern fördern gemeinschaftlich den Respekt vor Vielfalt und die Auseinandersetzung mit Diskriminierungsformen.

Durch die regelmäßige, offene Anlaufstelle entstehen dauerhafte Begegnungsräume sowie stabile Netzwerke zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und Bürgerinnen und Bürgern. Die Formate tragen nachhaltig zur Sensibilisierung, Vernetzung und langfristigen Stärkung demokratischer Kultur vor Ort bei.

4.5. Stadt Kaufbeuren: „Israel 1948“: Die Ausstellung „1948 – Wie der Staat Israel entstand“ vermittelt auf 32 Schautafeln die historischen Hintergründe zur Gründung des Staates Israel, beginnend bei seiner Vorgeschichte bis zur Ausrufung im Jahr 1948, und beleuchtet politische,

soziale und ideologische Aspekte dieser Zeit auf wissenschaftlich aufbereitete Weise.

Die Ausstellung wird von Historikerinnen und Historikern begleitet und richtet sich auch an Schulklassen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. Sie bietet überdies Gruppenführungen und ergänzende pädagogische Programme, die den historischen Kontext vertiefen und zur reflektierten Auseinandersetzung mit komplexen politischen Entwicklungen anregen.

Die Ausstellung stärkt historisches Verständnis, Medien- und Informationskompetenz und fördert die Fähigkeit, historische Ereignisse in heutige gesellschaftliche Zusammenhänge einzuordnen. Durch pädagogische Begleitangebote und Gruppenprogramme werden langfristig Kompetenzen zur reflektierten Auseinandersetzung mit kontroversen Themen aufgebaut und politische Bildung nachhaltig verankert.

Die Partnerschaft für Demokratie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zur Unterstützung des Ehrenamts sowie zur Prävention von Konflikten in Kaufbeuren.

5. Evaluierung und Handlungsbedarf

Die der „Partnerschaft für Demokratie“ zugrunde liegende Situations- und Ressourcenanalyse wurde durch die Hochschule Kempten, Fakultät Soziales und Gesundheit, durchgeführt. (Stand: Oktober 2025). Die Situations- und Ressourcenanalyse finden Sie beigelegt.

Diese zeigt:

- moderates Niveau politisch motivierter Kriminalität in Kaufbeuren
- gleichzeitiger Anstieg der Hasskriminalität im Bereich des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West (+ ca. 30 %)
- unterschiedliche Wahrnehmung von Demokratiefeindlichkeit und Diskriminierung
- hohe Bedeutung der Demokratieförderung (90 % Zustimmung, Ergebnisse aus Befragung 1, Stadtrat, Stadtverwaltung, Sozialarbeit)

Zentrale Herausforderungen sind:

- zunehmende Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen
- Einfluss sozialer Medien
- Distanz zwischen Politik und Bürgerschaft
- wirtschaftliche Unsicherheiten

Gleichzeitig besteht weiterer Unterstützungsbedarf, insbesondere bei der Umsetzung von Projekten.

Die Partnerschaft für Demokratie greift diese Bedarfe gezielt auf und stellt ein zentrales Instrument zur Bearbeitung dieser Herausforderungen dar. (z. B. Workshops, Beteiligungsformate, Bildungsangebote, Präventionsprojekte)

6. Struktur und Steuerung

Die Steuerung erfolgt über einen Begleitausschuss (Bündnis), bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft.

Die Zusammensetzung des Gremiums ergibt sich aus den Vorgaben des Bundesprogramms für den Förderzeitraum 2025–2032. Danach ist das Bündnis als zentraler strategischer Zusammenschluss aller relevanten demokratischen Akteurinnen und Akteure vor Ort auszugestalten. Es muss mehrheitlich mit stimmberechtigten zivilgesellschaftlichen Organisationen besetzt sein. Diese arbeiten gemeinwohlorientiert und setzen sich aktiv für ein demokratisches, vielfältiges und inklusives Zusammenleben ein. Auch das Jugendforum ist stimmberechtigt vertreten.

Im Bündnis wirken insbesondere mit:

- Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung (Oberbürgermeister, federführendes Amt, Beauftragter des Stadtrates für Kinder und Jugend),
- die externe Koordinierungs- und Fachstelle,
- Vereine und Verbände (Pfarreiengemeinschaft Kaufbeuren, Bund der katholischen Jugend Generationenhaus),
- Initiativen mit gesellschaftspolitischem Bezug (Arbeitskreis Asyl),
- sowie weitere für die Zielerreichung relevante Akteure (Sprecherinnen und Sprecher des Jugendforums).

Aufgaben:

- Entscheidung über Projektförderungen
- strategische Weiterentwicklung
- Sicherstellung der Zielerreichung

Die Entscheidungen über die Projektförderungen erfolgen auf Grundlage der vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) erlassenen Förderrichtlinie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der Fassung vom 20.11.2024.

7. Transparenz und Neutralität

Die Umsetzung der „Partnerschaft für Demokratie“ erfolgt unter Beachtung der Grundsätze der politischen Neutralität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

- Förderentscheidungen erfolgen auf Grundlage definierter Kriterien
- die Mittelverwendung ist dokumentiert und prüfbar
- Projekte müssen den Zielen des Bundesprogramms entsprechen
- eine parteipolitische Einflussnahme ist ausgeschlossen

Die Beteiligung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure gewährleistet eine breite Perspektivenvielfalt und trägt zur Ausgewogenheit der Maßnahmen bei.

8. Bisherige Befassung und öffentliche Wahrnehmung

Der Jugendhilfeausschuss wurde im Rahmen seiner Sitzungen regelmäßig über ausgewählte Projekte und die Entwicklung der Partnerschaft für Demokratie informiert.

Darüber hinaus erfolgt eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit durch Presseberichte sowie durch eine Übersicht der aktuell laufenden Projekte auf der Homepage von Kaufbeuren-aktiv. Damit ist eine transparente Darstellung der Maßnahmen und der Mittelverwendung gewährleistet.

9. Bewertung durch die Verwaltung

Die Verwaltung bewertet die Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiterhin als fachlich sinnvoll und strategisch bedeutsam für die Stadt Kaufbeuren.

Das Programm ermöglicht die gezielte Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, stärkt demokratische Kompetenzen insbesondere bei Kindern und Jugendlichen und trägt zur Prävention gesellschaftlicher Konfliktlagen bei. Gleichzeitig gelingt es, mit einem vergleichsweise geringen kommunalen Eigenanteil erhebliche Bundesmittel für lokale Maßnahmen zu akquirieren.

Die Umsetzung der „Partnerschaft für Demokratie“ steht im Einklang mit den gesetzlichen Aufgaben der Jugendhilfe nach dem Sozialgesetzbuch (SGB VIII).

Insbesondere sind folgende Rechtsgrundlagen einschlägig:

- § 11 SGB VIII – Jugendarbeit, insbesondere Förderung von Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement
- § 14 SGB VIII – erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Die „Partnerschaft für Demokratie“ leistet einen konkreten Beitrag zur Umsetzung dieser gesetzlichen Aufgaben, insbesondere im Bereich der politischen Bildung, Beteiligung und Prävention.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung die Fortführung der Teilnahme am Bundesprogramm.

Vorschlag zum Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fortführung der Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms ‚Demokratie leben!‘ für das Förderjahr 2026 einschließlich der Bereitstellung des kommunalen Eigenanteils.

Bürokratie- und Klimaschutzfolgeabschätzung

prognostizierter Aufwand bei der Umsetzung des Beschlusses für

die Bürger	nein ☒	ja ☐	
die Wirtschaft	nein ☒	ja ☐	
die Stadtverwaltung	nein ☐	ja ☒	im Rahmen der Personalgestellung

Über Referatsleiterin Frau Cornelia Otto an Herrn Oberbürgermeister Stefan Bosse mit der Bitte um Vorlage im Jugendhilfeausschuss am 19.03.2026.

Originalbeschluss an 502 (über die Referatsleiterin Frau Cornelia Otto)

Kaufbeuren, 24.02.2026
Kaufbeuren-aktiv, Bildungsbüro

Jürgen Schick